

Podiumsdiskussion "Auf dem Weg zum Grundeinkommen - bedingungslos und existenzsichernd" (Freitag 24. Oktober 2008, 19:30 Uhr bis 21:30 Uhr)

Das bedingungslose Grundeinkommen betreffend, stimme ich weitgehend mit Götz Werner überein. Einzig die Finanzierung des bGE durch die Mehrwert- bzw. Umsatzsteuer erscheint mir nicht zielführend, wenn es mit der Einführung des bGE auch zu einer Umverteilung von oben nach unten kommen soll. Daher befürworte ich, das bGE durch eine Art "Maschinensteuer" zu finanzieren.

Als Erwerbsarbeitsloser und von Armut Betroffener fordere ich, dass bisher unbezahlte Arbeit künftig bezahlt und aufgewertet werden soll. Ausgehend von Schätzungen kann angenommen werden, dass das Verhältnis bezahlter (Erwerbs)Arbeit zu unbezahlter Arbeit (Kinderbetreuung, Nachbarschaftshilfe, Pflegedienste etc.) in etwa 1 zu 1,8 sein wird. Die Fairteilung vorhandener Arbeit und Bezahlung bisher unbezahlter Arbeit wäre nicht nur ein längst fälliger Beitrag zur Vermeidung von Armut, sondern würde vor allem auch die Benachteiligung von Frauen beseitigen helfen.

Dass etwa 2/3 der vorhandenen Arbeit freiwillig und unbezahlt geleistet wird, beweist eigentlich, dass der Mensch ein Wesen ist, das sich nach Tätigkeit sehnt, auch wenn dies nicht immer anerkannt wird. Demgegenüber stehen Unterstellungen, wonach Menschen mit einem erwerbsarbeitslosen Einkommen nur noch faul in der sozialen Hängematte liegen würden.

Mit solchen Unterstellungen bzw. Vorwürfen sind vor allem Bezieher von Arbeitslosengeld und der Sozialhilfe konfrontiert. Die entsprechenden Zahlen der Geschäftsberichte des Arbeitsmarktservice (AMS) für die Jahre 2001 bis 2007 sehen so aus:

Sanktionen wegen Arbeitsunwilligkeit: 2001: 355 / 2002: 387 / 2003: 401 / 2004: 480 / 2005: 436 / 2006: 355 / 2007: 247.

Sanktionen wegen Ablehnung von Beschäftigungsangeboten: 2001: 9538 / 2002: 10686 / 2003: 13055 / 2004: 15486 / 2005: 15543 / 2006: 15327 / 2007: 14117.

Sanktionen wegen Versäumen der Kontrollmeldung: 2001: 20308 / 2002: 23195 / 2003: 28515 / 2004: 36926 / 2005: 43384 / 2006: 43312 / 2007: 43181.

In einem Papier des dgb - klartext vom 9. September 2008 mit dem Titel "Grosse und kleine Fische" - wird ersichtlich, dass das Verhältnis von Hartz-IV-Missbrauch zu allen Hartz-IV-Zahlungen ganze 0,4 % ausmacht, gleichzeitig aber das Verhältnis von Steuerhinterziehung zu gemeinschaftlichen Steuereinnahmen 8 % beträgt. Damit ergibt der Schaden, der durch Steuerhinterziehung entsteht das 1000-fache des Schadens, der durch Hartz-IV-Missbrauch entsteht. Somit wird alleine aufgrund von ungeprüften Unterstellungen ein übertriebener Aufwand an Kontroll- und Disziplinierungsmassnahmen finanziert und aufrecht erhalten.

Wie die letzten Ereignisse in den USA gezeigt haben, wird nun ein immenser Aufwand getrieben, um Banken vor dem Ruin zu retten, womit unvorstellbare Summen aus öffentlicher Hand herangezogen werden. Mehr Privat, weniger Staat wird so ad absurdum geführt. Mit den gigantischen Summen könnten soziale Projekte finanziert werden, oder das bGE.